



Auskunft erteilt:	Herr Koc	Amt/EB:	01.01-Büro des Oberbürgermeisters
Tel.:	02611291224	e-mail:	muhammed.koc@stadt.koblenz.de
Koblenz,	16.10.2020		

Niederschrift Nr. 07/2020

über die Sitzung des Stadtrates vom 16.09.2020

Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums Herr David Langner, Oberbürgermeister	Ratsfraktion SPD Herr Manfred Bastian, Herr Toni Bündgen, Herr Thomas Kirsch, Frau Marion Mühlbauer, Herr Fritz Naumann, Herr Dr. Thorsten Rudolph, Herr Thorsten Schneider, Frau Ute Wierschem,
Vorsitzende/r Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Carl-Bernhard von Heusinger, c/o VHM Anwälte	Ratsfraktion AfD Herr Fabian Geissler, Herr Joachim Paul, Frau Katrin Vogel,
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Sebastian Beuth, Frau Ulrike Bourry, Herr Uwe Diederichs-Seidel, Herr Gordon Gniewosz, Frau Ute Görgen, c/o Fraktion Grüne Herr Dr. Ulrich Kleemann, Herr Detlef Knopp, Frau Laura Martin Martorell, Frau Dr. Tabea Stötter,	Vorsitzende/r Ratsfraktion FW Herr Stephan Wefelscheid,
Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer,	Ratsfraktion FW Herr Christian Altmaier, Herr Dr. med. Michael Gross, Herr Edgar Kühlenthal,
Ratsfraktion CDU Frau Monika Artz, Herr Peter Balmes, Herr Andreas Biebricher, Herr Eitel Bohn, Herr Manfred Diehl, Herr Ernst Knopp, Frau Julia Maria Kübler, Herr Stephan Otto, Herr Thomas Roos, Herr Karl-Heinz Rosenbaum, Frau Monika Sauer, Herr Mark Scherhag,	Vorsitzende/r Ratsfraktion WGS Herr Torsten Schupp,
Vorsitzende/r Ratsfraktion SPD Frau Marion Lipinski-Naumann,	Ratsfraktion WGS Frau Birgit Hoernchen,
	Vorsitzende/r Ratsfraktion Die Linke Herr Oliver Antpöhler, Herr Tobias Christmann, c/o Linke Fraktion
	Ratsfraktion Die Linke Herr Kevin Wilhelm,
	Vorsitzende/r Ratsfraktion FDP Herr Dr. h.c. Friedhelm Pieper,
	Ratsfraktion FDP Herr Christoph Schöll,

Ortsvorsteher/in
Herr Gerd Baulig,
Herr Herbert Dott,
Herr Mike Karen,
Herr Tim Michels,
Herr Hermann-Josef Schmidt,
Herr Gregor von der Heyden,
Herr Wolfram Wilde,

Stadtvorstand
Herr Bert Flöck,
Frau Ulrike Mohrs,
Frau PD Dr. Margit Theis-Scholz,

Verwaltung

Oberbürgermeister Langner trägt vor:

„1.: Beschluss zur Begrenzung der Sitzungsdauer

Ich bitte um folgende Beschlussfassung:

Aufgrund der Höchstarbeitszeitregelungen begrenzt der Stadtrat die Dauer seiner heutigen Sitzung auf 4 Stunden, sodass um 21 Uhr die Sitzung endet.

Gibt es dagegen Einwände?“

Es erheben sich keine Einwände.

„2.: Beschluss zur Redezeitbegrenzung bei Anträgen

Gemäß § 22 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates kann der Stadtrat jederzeit mit Stimmenmehrheit beschließen, dass die Redezeit für bestimmte Tagesordnungspunkte beschränkt werden kann.

Daher unterbreite ich den Vorschlag, bei allen Tagesordnungspunkten betreffend Anträge von Fraktionen eine Redezeit von 3 Minuten für die Antragsbegründung und jeweils 1 Minute für jede Antwort auf diesen Antrag.

Gibt es dagegen Einwände?“

Der Stadtrat beschließt die Redezeitbegrenzung mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen.

„3.: Information zu den verwiesenen Anträgen aus der Ratssitzung vom 03.09.20

Aufgrund des Antrages der Ratsmitglieder vom 10.09.2020 mussten auch die bereits in der Sitzung vom 03.09.20 verwiesenen Anträge, die noch nicht in den zuständigen Ausschüssen beraten wurden, erneut auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden. Dies hat zur Folge, dass über diese Anträge heute erneut beraten werden muss.

Gibt es dagegen Einwände?“

Herr Marco Karbach,
Herr Stefan Kux,
Herr Perry Metten-Golly,
Herr Jörg Pfeffer,
Herr Thomas Schleiffer,

Herr Heiko Breitbarth,
Herr Martin Düpper,
Frau Sandra Henrich,
Herr Muhammed Koc,

Nicht anwesend sind:

Es erheben sich keine Einwände.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Öffentliche Mülleimer im Koblenzer Stadtgebiet
Vorlage: AT/0146/2020
- Punkt 1.1: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Öffentliche Mülleimer im Koblenzer Stadtgebiet
Vorlage: ST/0116/2020
- Punkt 2: Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion: Satzung zur Regelung der Plakatierung zur Wahlwerbung
Vorlage: AT/0148/2020
- Punkt 2.1: Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion: Satzung zur Regelung der Plakatierung zur Wahlwerbung
Vorlage: ST/0128/2020
- Punkt 3: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE: Fördermittel Tribüne Stadion Oberwerth
Vorlage: AT/0174/2020
- Punkt 4: Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FREIE WÄHLER zum vorübergehenden Verzicht auf Holzeinschlag in intakten Laubwäldern
Vorlage: AT/0142/2020
- Punkt 5: Antrag der SPD-Ratsfraktion: Verzicht auf Architektenwettbewerb im Zuge des Neubaus der Pestalozzi-Grundschule
Vorlage: AT/0143/2020
- Punkt 5.1: Antrag der SPD-Ratsfraktion: Verzicht auf Architektenwettbewerb im Zuge des Neubaus der Pestalozzi-Grundschule
Vorlage: ST/0137/2020
- Punkt 6: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Sichere Chorproben ermöglichen
Vorlage: AT/0144/2020
- Punkt 6.1: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Sichere Chorproben ermöglichen
Vorlage: ST/0129/2020
- Punkt 7: Antrag der WGS-Fraktion zur Beteiligung der Stadt am openDemokratie-Tool von openPetition
Vorlage: AT/0151/2020
- Punkt 7.1: Antrag der WGS-Fraktion zur Beteiligung der Stadt am openDemokratie-Tool von openPetition
Vorlage: ST/0127/2020
- Punkt 8: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE und SPD: Ächtung des N*Wortes
Vorlage: AT/0145/2020
- Punkt 8.1: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE und SPD: Ächtung des N*Wortes
Vorlage: ST/0135/2020
- Punkt 9: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus
Vorlage: AT/0147/2020
- Punkt 9.1: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus
Vorlage: ST/0136/2020
- Punkt 10: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Notfonds statt Rheinland-Pfalz-Tag 2022
Vorlage: AT/0161/2020

- Punkt 10.1: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Notfonds statt Rheinland-Pfalz-Tag 2022
Vorlage: ST/0162/2020
- Punkt 11: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE, SPD und WGS: Abstimmungsverhalten der Fraktionen
Vorlage: AT/0163/2020
- Punkt 11.1: Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE, SPD und WGS: Abstimmungsverhalten der Fraktionen
Vorlage: ST/0154/2020
- Punkt 12: Antrag der WGS-Fraktion: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur H-Bahn oder Sky-Train in Koblenz
Vorlage: AT/0167/2020
- Punkt 12.1: Stellungnahme zum Antrag der WGS-Ratsfraktion: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu H-Bahn oder Sky-Train
Vorlage: ST/0156/2020
- Punkt 13: Antrag der WGS-Fraktion zu Tempo 30 in der Rüsternallee
Vorlage: AT/0168/2020
- Punkt 13.1: Stellungnahme zum Antrag AT/0168/2020 der WGS-Fraktion bzgl. der Anordnung von Tempo 30 in der Rüsternallee
Vorlage: ST/0153/2020
- Punkt 14: Resolution der CDU-Ratsfraktion: Solidarität mit Polizei, Ordnungs- und Rettungskräften
Vorlage: AT/0175/2020
- Punkt 14.1: Stellungnahme zum Antrag der CDU-Ratsfraktion: Resolution "Solidarität mit Polizei, Ordnungs- und Rettungskräften"
Vorlage: ST/0152/2020
- Punkt 15: Antrag der SPD-Ratsfraktion: Umwandlung innerstädtischer Büroräume in Wohnraum
Vorlage: AT/0164/2020
- Punkt 15.1: Stellungnahme zum Antrag der SPD-Ratsfraktion: Umwandlung innerstädtischer Büroräume in Wohnraum
Vorlage: ST/0155/2020
- Punkt 16: Antrag der WGS-Fraktion: Bienenfutterautomaten für Koblenz
Vorlage: AT/0166/2020
- Punkt 16.1: Antrag der WGS-Fraktion: Bienenfutterautomaten für Koblenz
Vorlage: ST/0148/2020
- Punkt 17: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan
Vorlage: AT/0173/2020
- Punkt 17.1: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan
Vorlage: ST/0158/2020

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Öffentliche Mülleimer im Koblenzer Stadtgebiet Vorlage: AT/0146/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat verweist die Angelegenheit zur abschließenden Beratung in den Werkausschuss „Kommunaler Servicebetrieb“.

Protokoll:

Die AfD-Fraktion begründet ihren Antrag.

Bürgermeisterin Mohrs trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0016/2020).

Punkt 2: Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion: Satzung zur Regelung der Plakatierung zur Wahlwerbung Vorlage: AT/0148/2020
--

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und 3 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen, die Verwaltung zu beauftragen, für Wahlen und Abstimmungen ab dem Jahr 2022 ein verbindliches Regelwerk zur Wahlwerbung innerhalb der Stadt Koblenz zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen begründet ihren Antrag.

Bürgermeisterin Mohrs trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0128/2020).

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie der Beschlussempfehlung der Verwaltung folgt jedoch nicht der Begründung zustimmen könne.

Punkt 3: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE: Fördermittel Tribüne Stadion Oberwerth Vorlage: AT/0174/2020
--

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Die antragsstellenden Fraktionen erklären, dass sie den Antrag zurückgezogen haben.

Punkt 4: Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FREIE WÄHLER zum vorübergehenden Verzicht auf Holzeinschlag in intakten Laubwäldern Vorlage: AT/0142/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Die antragsstellenden Fraktionen erklären den Antrag, nach Zusage der Verwaltung, dass die Thematik im Forstausschuss behandelt wird, für erledigt.

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet den Antrag.

Punkt 5: Antrag der SPD-Ratsfraktion: Verzicht auf Architektenwettbewerb im Zuge des Neubaus der Pestalozzi-Grundschule
Vorlage: AT/0143/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit 2 Enthaltungen und Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag mehrheitlich bei 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Protokoll:

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0137/2020).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass der Gestaltungsbeirat bei Schulneubauten exemplarisch tätig werden könne. Außerdem müsse man bezüglich der Zuschnitte der Räumlichkeiten bei Schulneubauten Gespräche mit dem Land bzw. der ADD-Trier führen. Durch einen offenen Wettbewerb wäre die Wahrscheinlichkeit um einiges niedriger später ein monotones Gebäude zu errichten.

Oberbürgermeister Langner stellt klar, dass sofern ein Architektenwettbewerb stattfinden sollte, der Gestaltungsbeirat sich nicht mit dem Schulneubau befassen werde.

Punkt 6: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Sichere Chorproben ermöglichen
Vorlage: AT/0144/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit Enthaltungen und Gegenstimmen

Beschluss:

Die antragsstellende Fraktion erklärt ihren Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung, dass die beantragte Benennung und Bereitstellung von Flächen im Freien seit Juni praktiziert wird, für erledigt.

Protokoll:

Die FW-Fraktion begründet ihren Antrag und trägt gleichzeitig den in Session einseharen Änderungsantrag vor.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0129/2020).

Die WGS-Fraktion merkt an, dass man mit den Kirchen bezüglich ihrer größeren Räumlichkeiten Kontakt aufnehmen könne. Einige Kirchen bekämen bereits Anfragen zur Nutzung ihrer Räumlichkeiten.

**Punkt 7: Antrag der WGS-Fraktion zur Beteiligung der Stadt am openDemokratie-Tool von openPetition
Vorlage: AT/0151/2020**

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung wird beauftragt, die Zugänglichkeit und Transparenz für Petitionen zu verbessern, über geeignete Maßnahmen zu beraten und diese im Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen.

Protokoll:

Die WGS-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0127/2020).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, diese Art von Bürgerbeteiligung ins Smart-City Programm aufzunehmen und auf die Zugänglichkeit zu überprüfen.

**Punkt 8: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE und SPD: Ächtung
des N*Wortes
Vorlage: AT/0145/2020**

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit 3 Enthaltungen und Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen, die Verwaltung wird beauftragt die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Koblenz umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwendung des N*Wortes rassistisch ist.

Weiterführend setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass jegliche Verwendung des N*Wortes in der Stadt Koblenz vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Koblenz zu ermöglichen.

Protokoll:

Die Linke-Fraktion begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0135/2020).

Die CDU-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie sich nicht an der Abstimmung beteiligen werden.

**Punkt 9: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus
Vorlage: AT/0147/2020**

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit 2 Enthaltungen und Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag mehrheitlich bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Protokoll:

Die AfD-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0136/2020).

Die CDU-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie sich nicht an der Abstimmung beteiligen werden.

Punkt 10: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion:Notfonds statt Rheinland-Pfalz-Tag 2022
Vorlage: AT/0161/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Beschluss vom 26.09.2020 (BV/0756/2020) aufzuheben und von der Ausrichtung des Rheinland-Pfalz im Jahr 2022 abzusehen.

Protokoll:

Die FW-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0162/2020).

Punkt 11: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE, SPD und WGS: Abstimmungsverhalten der Fraktionen
Vorlage: AT/0163/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag mehrheitlich bei 20 Ja-Stimmen ab.

Protokoll:

Die Linke-Fraktion begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0154/2020).

Auf Nachfrage der AfD-Fraktion, ob eine Stimmabgabe in elektronischer Form nützlich wäre, entgegnet Oberbürgermeister Langner, dass man dadurch das Problem der zeitaufwändigen Erfassung des Abstimmungsergebnisses nicht lösen würde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es Möglichkeiten zur Erfassung des Abstimmungsverhaltens gebe, welche rechtlich zulässig seien.

Punkt 12: Antrag der WGS-Fraktion: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur H-Bahn oder Sky-Train in Koblenz
Vorlage: AT/0167/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und 23 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen und 23 Gegenstimmen ab.

Protokoll:

Die WGS-Fraktion begründet ihren Antrag.

Beigeordneter Flöck trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0156/2020).

Punkt 13: Antrag der WGS-Fraktion zu Tempo 30 in der Rüsternallee
Vorlage: AT/0168/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung wird beauftragt, die Anordnung von Tempo 30 in der Rüsternallee gemeinsam mit der Anfrage AF/0065/2020 zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität vorzustellen.

Protokoll:

Die WGS-Fraktion begründet ihren Antrag.

Beigeordneter Flöck trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0153/2020).

Punkt 14: Resolution der CDU-Ratsfraktion: Solidarität mit Polizei, Ordnungs- und Rettungskräften
Vorlage: AT/0175/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit 2 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Koblenz erklärt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen seine Solidarität mit den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Ordnungsamt und verurteilt jegliche verbalen oder körperlichen Angriffe auf diese Personen. Vielmehr wird ihnen großer Dank ausgesprochen, da sie insbesondere in der Coronakrise dafür gesorgt haben, dass wir in Koblenz gesund und sicher leben konnten und dies auch weiterhin können.

Deutschlandweit sind derzeit vermehrt Angriffe und zum Teil haltlose Pauschalvorwürfe gegen Repräsentanten des Staates, vornehmlich gegenüber der Polizei zu verzeichnen. Die immer häufigeren

Anfeindungen dürfen nicht hingenommen werden; die Ordnungs- und Rettungskräfte verdienen Vertrauen, Respekt und Anerkennung, da sie verlässlich und rechtsstaatlich handeln. Dabei erfüllen sie eine wertvolle Aufgabe für die Gesellschaft. Der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, Rettungskräfte und andere Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates sowie gegen ehrenamtlich Engagierte muss auf allen Ebenen entschieden entgegengetreten werden. Pauschalverurteilungen von Einsatzkräften lehnt der Rat der Stadt Koblenz daher entschieden ab.

Protokoll:

Die CDU-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0152/2020).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trägt den in Session einsehbaren Änderungsantrag vor und begründet diesen.

Die SPD-Fraktion beantragt zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Satz zu streichen: „Eine regelmäßige Aufarbeitung von übermäßiger Gewaltanwendung und Rassismus bei der Deutschen Polizei ist unerlässlich.“ Man sehe keine Notwendigkeit einer regelmäßigen Aufarbeitung, sondern erst, wenn konkrete Anhaltspunkte vorliegen.

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen ab.

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mehrheitlich bei 18 Ja-Stimmen und 22 Gegenstimmen ab.

Oberbürgermeister Langner schlägt vor, den ersten Satz des ursprünglichen Antragstextes der CDU-Fraktion wie folgt zu ändern: „Der Rat der Stadt Koblenz erklärt seine Solidarität mit den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Ordnungsamt und verurteilt jegliche verbalen oder körperlichen Angriffe auf diese Personen.“ Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 15: Antrag der SPD-Ratsfraktion: Umwandlung innerstädtischer Büroräume in Wohnraum Vorlage: AT/0164/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass die Verwaltung im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten weiterhin Kontakt zu Eigentümern aufnimmt, die über leerstehende Büro- und Gewerbeflächen im Innenstadt-bereich verfügen. Gemeinsam mit den Eigentümern soll dann eine mögliche Umwandlung dieser Flächen in bezahlbaren Wohnraum geprüft werden. Eine flächendeckende Erhebung zu leerstehenden Büroflächen wird aber nicht durchgeführt.

Protokoll:

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0155/2020).

Auf Anmerkung der WGS-Fraktion, Büroräume sollen im kompletten Stadtgebiet umgewandelt werden können, entgegnet Oberbürgermeister Langner, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um die aktive Kontaktaufnahme der Verwaltung zu den Eigentümern von Büroräumen handle. Sofern ein Eigentümer die Absicht hat, Büroräume in Wohnraum umzuwandeln, könne dieser mit der Bauverwaltung entsprechend Kontakt aufnehmen.

Punkt 16: Antrag der WGS-Fraktion: Bienenfutterautomaten für Koblenz Vorlage: AT/0166/2020

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und 15 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen ab.

Protokoll:

Die WGS-Fraktion begründet ihren Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0148/2020).

Die CDU-Fraktion plädiert für eine Kontaktaufnahme mit dem Gewerbepark Nord, um evtl. auf privatem Wege Bienenfutterautomaten aufstellen zu können.

Punkt 17: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan Vorlage: AT/0173/2020
--

Der Stadtrat hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung nimmt zeitnah Kontakt zu den in den Handlungsempfehlungen des BMU genannten Institutionen auf und bemüht sich um eine institutionsübergreifende Zusammenarbeit, damit im Sinne der Handlungsempfehlungen des BMU ein Hitzeaktionsplan erstellt und Maßnahmen umgesetzt werden können.
Die Verwaltung trägt ihren Teil zur Erfüllung der Kernelemente II bis VII bei und berichtet darüber regelmäßig in den städtischen Gremien.

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0158/2020).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt an, die Angelegenheit der Stabstelle Klimaschutz zuzuordnen.

Oberbürgermeister Langner schließt die Sitzung und bedankt sich für die Mitarbeit.

Vorsitzender

Schriftführer